

Gesichtet und gesiebt

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **62 (1987)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gesichtet und gesiebt

Es gibt zeitweilige Inakzeptanzen. Was soll jetzt das sein, die Inakzeptanz? Nun, da wir uns ans Modewort Akzeptanz (steht für die Bereitschaft einer Bevölkerungsgruppe, eine allgemeinpolitisch vorgeschriebene Massnahme zu akzeptieren bzw. den Vollzug nicht zu verhindern) gewöhnen müssen, können wir ebenso gut vom Gegenteil, von der Inakzeptanz, sprechen. Diese Unwilligkeit, einen an sich unbestreitbaren Tatbestand zu anerkennen, musste man lange auf dem Lande bezüglich der von dem lieben Rindvieh stammenden Phosphate, die in Gewässer geschwemmt werden, feststellen. Heute herrscht diesbezüglich auch im hintersten Krachen Akzeptanz: Die Gülle liefert einen beachtlichen Anteil schädlicher Phosphate in die Gewässer, gibt die Landbevölkerung nun zu. Mit der Luftverschmutzung durch *Autoabgase* taten sich die *Pendler* bisher aus naheliegenden Gründen schwer: Sie sind zwingend auf ihren fahrbaren Untersatz angewiesen, solange sie die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel ablehnen. Vor dem nach dummer Meinung damit verbundenen *sozialen Abstieg* schrecken eben viele zurück wie der Teufel vor dem Weihwasser. Mit der ihnen bequemen Annahme, nur die Agglomerationskerne verursachten die Luftverschmutzung, ist es aber wohl *endgültig vorbei*. Der «Tages-Anzeiger» schreibt in seinem Bericht über die 778 Zürcher Ärzte, welche in einer Petition vom Regierungsrat des volkreichsten Kantons verlangen, dass er wegen der gesundheitlichen Schäden den motorisierten Verkehr massiv einschränke, was die Petition diesbezüglich ausführt: «Der motorisierte Pendlerverkehr ist besonders geeignet, durch das öffentliche Verkehrsmittel aufgefangen zu werden. Er trägt quantitativ eine grosse Verantwortung für die Luftvergiftung.» Wer das Verhalten von beachtlichen Bevölkerungsgruppen umsteuern will, weil man es im allgemeinen Interesse muss, täte gut daran, nicht nur von Akzeptanz neumodisch zu reden, sondern sich von Fachleuten erklären zu lassen, wie man sie in konkreten Fällen fördert (es gibt genügend Psychologen und Soziologen, die gern als Berater einspringen).

Nicht Seldwyla, sondern Bülach. Nicht die Seldwyler, sondern die Bülacher haben eine grundlegende Weisheit entdeckt, die man niemandem vorenthalten soll. So jedenfalls laut dbz-Korrespondent des «Tages-Anzeigers». «Hätte Bülach

baureifes Land..., würde sich der Stadtrat gerne an der Förderung des sozialen Wohnungsbaus beteiligen.» Dies und dazu auch «hätte eine Baugenossenschaft ein konkretes Vorhaben», antwortete der Stadtrat auf eine Interpellation von Hanspeter Lienhart (SP). Wahrscheinlich kann der Bülacher Stadtrat nichts dafür, dass in den Gemarkungen des Unterländer Regionalzentrums keine Baugenossenschaft ein konkretes Vorhaben hat. Aber am ebenfalls beklagten Tatbestand, dass Bülach kein baureifes Land hat, ist der Stadtrat wohl kaum unschuldig. Die Exekutive des Bezirkshauptortes im Unterland ist durchaus der Meinung, es müssten mehr preis- und familiengünstige Wohnungen angeboten werden. Worauf wartet man denn noch, um den Grundsatz tatkräftig umzukehren, den der «Tages-Anzeiger» ebenso schlicht wie schlagend als Titel über seinen Bericht gesetzt hat? «Bülach: Ohne Land keine Wohnbauförderung.» Die Exekutive sollte endlich Landkäufe der Gemeinde vorbereiten!

Baukrise? Keine Rede davon! Der Präsident der Schweizerischen Bauwirtschaftskonferenz (SBK) hat sich an der SBK-Plenarversammlung für ein sogenannt «sinnvolles Weiterbauen» eingesetzt. Die Bauwirtschaft brauche nicht «auf jeden neuen Umweltschrei» ängstlich zu reagieren. Hingegen sei sie in der Lage, die Gegensätze zwischen natürlicher und gebauter Umwelt zu überbrücken. Von einer Baukrise könne man nicht sprechen, sagte Präsident Erwin Grimm. Er meinte zu den Aussichten der Branche, dass im Wohnungsbau Indizien für eine Zunahme sprächen. Weil die Finanzlage der Gemeinwesen gut sei, könne man auch mit mehr künftigen Aufträgen der

öffentlichen Hand rechnen. Immerhin würden Ende der achtziger Jahre die Zuwachsraten im Bau diejenigen der Gesamtwirtschaft nicht erreichen. Einen Kommentar des Inhalts, solche Raten des Baus wären auch ökologisch nicht tragbar, hat sich der Brancheninteressenvertreter nicht abgerufen.

Trotz herrschendem Wohlstand. In der Schweiz ist ein Teil der Bevölkerung nicht in der Lage, die elementaren Lebensbedürfnisse aus eigenem Einkommen zu decken. Spezielle Bevölkerungsgruppen wie die Rentner, die Arbeitslosen, ältere Arbeitnehmer, Jugendliche, Frauen und Ausländer laufen besonders Gefahr, ein Dasein in Armut zu fristen. Bei Menschen, die am Rande des Existenzminimums leben – 20 Prozent der Schweizer verfügen über ein Einkommen von höchstens 1050 Franken monatlich –, können unerwartete Ereignisse wie Scheidung, Krankheit, Verlust der Arbeitsstelle, aber sicherlich auch Kündigung einer preisgünstigen Wohnung, zum Anlass für eine Abhängigkeit von der Fürsorge werden. Dies machte die Konferenz für öffentliche Fürsorge kürzlich öffentlich klar.

Scheidung. Dieses Stichwort wird zunehmend fürs Wohnen wichtig, denn jede dritte Ehe in der Schweiz endet schon heute mit der Scheidung und lässt zwei Partner einzeln, teils mit Kindern zurück, die spezifische Bedürfnisse an Wohnungen stellen. Kümmert sich eigentlich niemand um die Gründe der Tatsache, dass über 70 Prozent der Scheidungsklagen von Frauen eingereicht werden? Von Frauen, die nach einer deutschen Untersuchung auch über ihre Wohnsituation geklagt haben.

elektrotechnische Unternehmung

elektronische Steuerungen

24-Stunden-Service

Telefon (01) 30144 44

ELEKTRO

COMPAGNONI

ZÜRICH

Planung Installation

Telefon A Schalttafelbau